

Danziger Volksstimme

Die „Danziger Volksstimme“ erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bezugspreise: In Danzig bei freier Zustellung ins Haus monatlich 5.— Mk., vierteljährlich 15.— Mk.
Redaktion: Am Spandhaus 6. — Telefon 720.

Organ für die werktätige Bevölkerung
der Freien Stadt Danzig
Publikationsorgan der Freien Gewerkschaften

Anzeigenpreis: Die 8-spaltige Zeile 1,50 Mk. von auswärts 2.— Mk. Arbeitsmarkt u. Wohnungsanzeigen nach bel. Tarif, die 3-spaltige Nachkommens 6.— Mk. von auswärts 6.— Mk. Bei Wiederholung Rabatt. Annahme bis früh 9 Uhr. — Postkontanto Danzig 2946. Expedition: Am Spandhaus 6. — Telefon 3290.

Nr. 70

Donnerstag, den 24. März 1921

12. Jahrgang

Der kommunistische Wahnsinn

Blutige Ausschreitungen in Mitteldeutschland und Hamburg.

Die in Mitteldeutschland von den Kommunisten entfachte Aufrührerbewegung hat auch auf andere Orte übergegriffen. Es scheint sich auch diesmal wie im Frühjahr 1919 um eine vorbereitete Aktion der kommunistischen Partei zu handeln. Noch immer geben sich die Kommunisten anscheinend der Hoffnung hin, durch ihre unsinnige Putschaktion den Umsturz der deutschen Republik und die Aufrichtung der Diktatur von Moskaus Gnaden herbeiführen zu können. Bisher sind blutige Zusammenstöße nur aus einigen Orten gemeldet. Das Ruhrgebiet, Berlin und andere Gegenden sind bis zur Stunde noch ruhig. Wie leichtsinnig aber auch diesmal wieder kostbares Menschenblut dem Diktaturwahnsinn der Kommunisten geopfert wird, zeigen nachstehende Meldungen:

In Hamburg kam es gestern nachmittag an verschiedenen Stellen auf den Werften, in St. Pauli und in Hammerbrook zu Gefechten zwischen Kommunisten und der Ordnungspolizei, wobei die Kommunisten bis zur Stunde annähernd 30 Tote und mehr als 50 Schwerverwundete am Platz ließen. Die Polizei verlor zwei Tote. Am Nachmittag kam es zu einem Zusammenstoß zwischen einem Teil der Arbeiter der Vulkanwerft, der zu der angesagten Waffendemonstration auf dem Heiligengeistfeld abmarschieren wollte, und bewaffneter Polizei, die den Eibüchel vollständig abgesperrt und durch Maschinengewehre gesichert hatte. Eine Gruppe von Zirkaditalen durchbrach die Postenkette und versuchte die Mannschaften zu entwaffnen. Einige Demonstranten prügelten die Polizisten tätlich an, worauf diese von der Waffe Gebrauch machten. Vier Tote und mehr als zwanzig Verwundete blieben auf dem Platz. Die Demonstranten flüchteten nach Wilhelmsburg zurück und wollten sich dort versammeln, mit der Absicht, am späten Abend nach Hamburg zu marschieren und die öffentlichen Gebäude zu besetzen. Auch in anderen Stadtteilen kam es zu blutigen Zusammenstößen, die ebenfalls mehrfach Todesopfer forderten.

Der Senat hat den Belagerungszustand verhängt und das Heiligengeistfeld durch Stacheldraht absperrt lassen.

Am Abend wurde die gesamte Auflage der kommunistischen „Hamburger Volkszeitung“ polizeilich beschlagnahmt und das Erscheinen vorläufig untersagt. Die Beschlagnahme ist darauf zurückzuführen, daß das Blatt zum Waffentraub und zur Befehzung der Kais durch die Arbeitslosen aufgehetzt hatte.

Nach einer Vornammeldung aus Hamburg scheint dort die Nacht des kommunistischen Aufstandes bereits in der Hauptsache gebrochen zu sein. Die auf den Werften gehissten roten Fahnen wurden gegen Abend heruntergeholt, was darauf schließen läßt, daß die Gegner der Kommunisten die Oberhand erhalten haben. Der Vorstand der Hamburger sozialdemokratischen Partei hat einen Aufruf erlassen, in dem er die Arbeiterschaft dringend vor der Teilnahme an kommunistischen Putschen und Ansammlungen warnt und sie auffordert, die Arbeit weiter zu verrichten und sich von der Straße fernzuhalten.

Auch in Eisleben und Umgegend haben sich gestern nachmittag Kämpfe entwickelt. Bewaffnete Kommunisten rückten auf Eisleben vor. Das Quartier der Sicherheitspolizei, die Mädchenschule, wurde von ihnen beschossen. Auch der D-Zug von Kassel nach Halle, der nachmittags gegen 2 1/2 Uhr in Halle eintraf, geriet in der Gegend von Wolferde und Eisleben in Gewehrfeuer. Die Kommunisten hatten den Eisenbahndamm besetzt und schossen in den Zug hinein, ohne jedoch jemand zu treffen.

In den Kämpfen um Eisleben wurden mehrere Polizisten getötet und verwundet.

Wie der „Vorwärts“ aus Naumburg meldet, hat sich die 2000 Mann starke Belegschaft des Leumawerkes mit Handgranaten und Schusswaffen bewaffnet und das Werk besetzt. Es wird ein Angriff auf die Gefängnisse von Naumburg und Halle erwartet.

Aus dem Mansfelder Revier werden ebenfalls weitere Unruhen und Plünderungen gemeldet.

So wurde in Hettstädt das Schulgebäude, in dem Schutzpolizei untergebracht ist, von einer großen Menge umdrängt und die Auslieferung der Waffen verlangt.

In Helbra wurden die Mansfelder Kreisparake, die Volkbank und das Kreisparlament ausgeraubt.

Aus verschiedenen Orten in Sachsen werden Bombenattentate auf öffentliche Gebäude gemeldet. Man nimmt an, daß auch diese schon infolge ihrer zeitlichen Übereinstimmung mit der kommunistischen Aufstandsbewegung in Verbindung stehen. Folgende Meldungen liegen darüber

vor: In Dresden wurde im Verhandlungsaal A des Landgerichtsbauwerks eine Bombe zur Explosion gebracht. Dabei wurden drei Personen verletzt. Die Täter entkamen. Im Freiburger Gerichtsgebäude erfolgte ebenfalls eine Bombenexplosion, die großen Schaden anrichtete. Eine Person wurde verletzt.

Auch in Leipzig ereignete sich gestern vormittag 10 1/2 Uhr im Landgerichtsbauwerk in der Eisenstraße eine Bombenexplosion. Die Bombe war in einem Abort des Erdgeschosses niedergelegt worden. Durch die Explosion wurde bedeutender Sachschaden angerichtet. Menschen sind nicht zu Schaden gekommen. Das Landgericht wurde sofort abgesperrt und die polizeiliche Ermittlung eingeleitet.

Vorerst keine Reglerungsmaßnahmen.

Berlin, 24. März. Das Reichskabinett und die preussische Regierung haben sich gestern mit den Ereignissen in Mitteldeutschland und in Hamburg beschäftigt. Es wurde zunächst davon Abstand genommen, über Mitteldeutschland den Ausnahmezustand zu verhängen, da man angesichts der besonnenen und ruhigen Haltung der Arbeiterschaft hofft, daß die kommunistische Aktion in Mitteldeutschland auch ohne Anwendung außerordentlicher Mittel im Sande verlaufen wird. Verstärkungen werden nur im Ausmaße des nötigsten entsandt werden.

Wie weiter mitgeteilt wird, versuchen jetzt kommunistische Agitatoren die Eisenbahner dazu aufzuheizen, die Beförderung von Polizeiverstärkungen zu verweigern.

Einberufung des preussischen Landtages gefordert.

Berlin, 23. März. (W. T. B.) Die Fraktion der Deutschen Volkspartei in Preußen hat dem Präsidenten des Landtages mit Rücksicht auf die durch die kommunistischen Unruhen und die oberschlesischen Vorgänge herbeigeführte gespannte politische Lage aufgefodert, den Landtag schleunigst, jedenfalls spätestens zum 30. März, einzuberufen.

Die Unabhängigen gegen die sinnlose Hege der Kommunisten.

Die unabhängige „Freiheit“ wendet sich erneut in schärfster Weise gegen die Hegepolitik der Kommunisten. Die Ueberfälle auf Sparkassen, die verbrecherischen Anschläge gegen Eisenbahnen und die Dynamitattentate gegen Gerichtsgebäude hätten mit Politik nichts zu tun. Die Verantwortlichkeit für diese Wahnsinnstaten treffe allein die Leitung der kommunistischen Partei, die durch ihre sinnlose Hege den Kommunisten das Stichwort geliefert habe. Das Blatt warnt nicht nur die Arbeiter davor, sich provozieren zu lassen, sondern fordert sie auf, geschlossen den kommunistischen Wirtsköpfen entgegenzutreten.

Der allgemeine deutsche Gewerkschaftsbund hat in einer gestrigen Sitzung eine Entschliessung angenommen, in der er sich ebenfalls entschieden gegen die durch die kommunistische Hege hervorgerufene Streikbewegung im mittel-deutschen Industriegebiet wendet. Die Bewegung habe nichts mit gewerkschaftlichen Bestrebungen zu tun und die Gewerkschaftsleitungen warnen erneut die Arbeiterschaft, den kommunistischen Parolen zu folgen. An den Gewerkschaftsorganisationen dürfe diese Streikhege keinerlei Rückhalt finden.

Der „Vorwärts“ bezeichnet das Blutvergießen in Hamburg und Eisleben als eine direkte Frucht der kommunistischen Wählerhege! Die Zusammenstöße seien die unmittelbare Folge der fortgesetzten Aufrufe der Kommunisten zu den Waffen und zum Kampfe. Das gestlossene Blut kommt über die Leute, die tagtäglich den Arbeitern die Parole zum Kampf mit den Waffen ausgegeben haben.

Die „Kleinigkeiten“ der Entente-Forderungen.

Berlin, 23. März. (W. T. B.) Nach Informationen an zuständiger Stelle betragen die Forderungen der Entente zur Wiederherstellung des Weltbestandes der zerstörten Gebiete an lebendem Wild 120 Hirsche, 63 000 Rehe, 660 000 Hasen, 195 000 Fasanen, 75 000 Fasaneneter, sechs Millionen Rebhühner. Zurzeit wird in Paris über die Durchführung der Ablieferung und über die Frage der Möglichkeit von solchen Ablieferungen überhaupt verhandelt.

Friede im Osten.

Der Friede zwischen Polen und der Sowjetrepublik ist unterschrieben worden. Mehr als ein halbes Jahr lang haben sich die Verhandlungen hingeschleppt. Die polnische Schlachtfeldrepublik erschwerte sie durch unerschämte Forderungen. Polen beanspruchte nicht nur weite Gebiete mit weißrussischer und kleinrussischer Bevölkerung, sondern auch eine Kriegsschadung in der Form eines Anteils an dem Goldschatz der russischen Staatsbank und einer „Entschädigung“ Polens für seinen Anteil an dem Eisenbahnmateriale der russischen Staatsbahnen. Auf der anderen Seite hat sich auch die Stimmung der Sowjetregierung wiederholt geändert. Im Sommer des vorigen Jahres, als die rote Armee vor Warschau stand, hätte Rußland einen unvergleichlich besseren Frieden schließen können als jetzt; damals wollte die Sowjetregierung den Frieden nicht schließen, weil sie hoffte, Polen erobern, dort die Sowjetverfassung proklamieren, die rote Armee bis zur deutschen Grenze vorschleichen und damit die Revolution nach Deutschland tragen zu können. Als dann der Rückschlag gekommen war, die rote Armee zurückweichen mußte, während gleichzeitig die konterrevolutionären Truppen Wrangels das Donezgebiet bedrohten, war die Sowjetregierung zu schweren Opfern bereit, um nur den Frieden zu erlangen; damals aber scheiterten alle Bemühungen an den maßlosen Forderungen Polens. Die Erbitterung über den polnischen Imperialismus wendete allmählich wieder die Stimmung einflussreicher Gruppen der russischen kommunistischen Partei, zumal da die Siege über Wrangel das Selbstbewußtsein Moskaus wieder stärkten; nun wurden die russischen Unterhändler zäher, und Bucharin schrieb einen auffeherregenden Artikel über das „Recht auf den Offensivkrieg“; die Sowjetrepublik habe das Recht und die Pflicht, die soziale Revolution mit Waffengewalt über Rußlands Grenzen hinauszutragen, ganz so wie die große französische Revolution die bürgerliche Rechtsordnung mit Waffengewalt nach Deutschland, Italien, Spanien, den Niederlanden getragen hat. So schien es schon, daß die Verhandlungen scheitern müßten; viele fürchteten schon die Wiederaufnahme des Krieges im Frühjahr. Aber in den letzten Wochen trat auf beiden Seiten eine Wendung ein.

Polen ist es nun vor allem darum zu tun gewesen, Oberschlesien zu bekommen. Aber selbst die Polen in Oberschlesien haben keine Lust, von der Warschauer Regierung zum Kriegsdienst einberufen und in die Schützengräben in Weichsel und Podolien geschickt zu werden; die Furcht davor bewog viele polnische Schlesier, bei der Volksabstimmung für die Zugehörigkeit ihres Landes zu Deutschland, gegen den Anschluß an Polen zu stimmen. So mußte die polnische Regierung alles daran setzen, noch vor der Volksabstimmung in Oberschlesien mit Rußland Frieden zu schließen. Deshalb sind die polnischen Unterhändler in den letzten Wochen etwas nachgiebiger geworden. Andererseits aber erstarkte auch in Moskau der Wunsch nach dem Frieden. Eine schwere wirtschaftliche Krise hat die Sowjetrepublik erfaßt; bitterer Not trägt Unzufriedenheit in die Massen. Der Kronstädter Aufstand war ein warnendes Anzeichen; ist es auch gelungen, ihn niederzuwerfen, so haben doch die Ereignisse der letzten Wochen, die in ihm ihren Abschluß fanden, die Sowjetregierung überzeugt, daß alle Kräfte auf die Ueberwindung der wirtschaftlichen Zerrüttung konzentriert werden müssen. Vom „Recht auf den Offensivkrieg“ war nun keine Rede mehr. Die Sowjetregierung nützte Polens Wunsch aus, vor der Volksabstimmung in Oberschlesien den Frieden zu schließen. So ist nach all den endlosen Verhandlungen der Friede doch zustande gekommen.

Für den Wiederaufbau der russischen Volkswirtschaft bedeutet der Friedensschluß nicht wenig. Da sich Polen zur Wiederaufnahme des Handels, des Post- und Eisenbahnverkehrs mit Rußland verpflichtet, ist damit die Blockade über Rußland durchbrochen; über Polen werden die Industrieprodukte aller Länder, vor allem auch deutsche Industrieprodukte, nach Rußland gebracht werden können. Aus dem berühmten „Stachelbrautzaun“, mit dem Clemenceau die Sowjetrepublik absperrt wollte, ist es nichts geworden. Damit erst ist die Grundvoraussetzung für die Wiederherstellung der russischen Eisenbahnen und der russischen Industrie, für die Versorgung der russischen Landwirtschaft mit Geräten und Maschinen erfüllt. Das also ist der Sinn dieses Friedensschlusses: die Sowjetrepublik verzichtet darauf, auf den Spinnen ihrer Bajonette die proletarische Revolution nach Mitteleuropa zu tragen, um dafür die Möglichkeit des Warenaustausches mit den kapitalistischen Staaten zu erlangen.

Dem Friedensschluß in Riga ist der Abschluß des englisch-russischen Handelsvertrages vorausgegangen. Beide Ereignisse stehen im engsten Zusammenhang miteinander. Verhandlungen zwischen England und Rußland haben

sch noch länger hingeschleppt als die Friedensverhandlungen in Riga. Aber auch da ist in der letzten Zeit eine Wendung eingetreten. Schon die schwere Abkühlung der englischen Industrie mußte natürlich die englische Regierung dazu drängen, den englischen Kaufleuten den Handel mit Rußland freizugeben. Und England konnte damit nicht länger säumen, sobald der Friedensschluß in Riga bevorstand. Denn sobald die deutschen Industrieerzeugnisse über Polen nach Rußland transportiert werden können, ist die Blockade über Rußland tatsächlich durchbrochen. Ihre Fortsetzung hätte nun nichts mehr bedeutet, als die Monopolisierung des russischen Marktes durch die deutsche Industrie. Andererseits zeigte sich auch die Sowjetregierung in den letzten Wochen mehr als früher bereit, das Opfer zu bringen, das England als Preis für die Wiederaufnahme des Handelsverkehrs verlangte. England forderte bekanntlich, die Sowjetregierung solle ihre vorderrussischen Politik, die Mobilisierung und Unterstützung der nordasiatischen Völker gegen den britischen Imperialismus, aufgeben. Die wirtschaftliche Krise, die ohne die Befreiung von den Fesseln der Blockade nicht überwunden werden kann, drängte die Sowjetregierung zu diesem Opfer. Und sie entschloß sich um so leichter dazu, da Rußlands Komol Pascha, der stärkste Verbündete Rußlands in Vorderasien, eine Mission nach London schickte, um auf eigene Faust mit der Entente Friedensverhandlungen zu beginnen. So hat die Sowjetrepublik auch in Vorderasien auf ihre revolutionäre Offensivpolitik verzichtet, um den Handelsverkehr mit England wieder aufnehmen zu können.

Dieser Wendung in der äußeren Politik der Sowjetrepublik entspricht endlich auch die Wendung ihrer inneren Wirtschaftspolitik. Die durch die schwere Wirtschaftskrise hervorgerufene Wahrung in den Massen, die die Sowjetregierung zum Abschluß des Friedens mit Polen und zum Verzicht auf ihre aggressive Orientpolitik bewogen hat, hat ihr auch den Verzicht auf die staatliche Getreidebewirtschaftung aufgezwungen. Die Bauern sollen ähnlich wie in Oesterreich die bürgerliche Mehrheit im vorigen Sommer in ihrem Getreidebewirtschaftungsgefeß beschließen, nur noch ein Kontingent — Lenin nennt es eine Naturalsteuer — dem Staat abliefern, über den Rest ihrer Ernte frei verfügen können. Es ist das denkbar schwerste Opfer, das die Sowjetregierung da bringt; denn die Wiederherstellung des freien Handels mit Getreide wird ungewisslich zur Restauration des Handelskapitals führen und ihm die Verfügung über das wichtigste Erzeugnis der russischen Arbeit, über den wichtigsten Zweig der russischen Produktion ausliefern. Es ist ein Schritt in den Kapitalismus zurück! Aus zwei Gründen sieht sich die Sowjetregierung zu diesem verhängnisvollen Schritt gezwungen. Einmal ist es eine Kapitulation vor den Bauern, die in Rußland wie überall den „freien Handel“ fordern; die Sowjetregierung glaubt die Unzufriedenheit der breiten Bauernmasse nicht mehr anders bannen zu können. Zugleich aber ist es auch die Folge des Zusammenbruchs des staatlichen Ernährungsdienstes; ist die Sowjetbureaucratie nicht imstande, der städtischen Bevölkerung Brot zu liefern, so kann sie den Städtern nicht verwehren, sich es selbst im freien Warenaustausch mit den Bauern zu verschaffen.

Wie Rußland mit dem Friedensschluß mit Polen den Gedanken einer revolutionären Offensive gegen das kapitalistische Mitteleuropa, mit dem Handelsvertrag mit England die revolutionäre Offensive gegen das kapitalistische Imperium aufgibt, so weicht es auch im eigenen Lande mit der Wiederherstellung des freien Getreidehandels vor den kapitalistischen Tendenzen der Bauernschaft, die sich in der Forderung nach dem freien Handel verkörpern, einen mächtigen Schritt zurück. Nur äußerste Not konnte die Sowjetregierung zu diesem Zurückweichen bewegen. Aber auch sie erzählt es, daß ökonomische Notwendigkeit stärker ist als alle Gewalt. 83 Prozent des ganzen russischen Volkes sind Bauern; keine Gewalt Herrschaft einer Minderheit kann auf die Dauer dem Willen eines so gewaltigen Mehrheits zu widerstehen. Die passive Resistenz der Bauern hat den staatlichen Ernährungsdienst sabotiert und unhaltbar gemacht; sie hat die Wirtschaftskrise hervorgerufen, die Rußland zum Verzicht auf seine revolutionäre äußere Politik gezwungen hat. Es ist der „antikollektivistische Bauernschub“, der die Sowjetregierung zum Rückzug zwingt. Abermals zeigt es sich, daß es eine Illusion ist, zu glauben, eine proletarische Minderheit könne der fünfundsiebzigprozentigen Bauernmehrheit den Sozialismus aufzwingen, wenn sie nur über die Majonette der roten Armee, über Revolutionstribunale und außerordentliche Kommissionen verfügt. Der Sozialismus kann nur dann zur Wirklichkeit werden, wenn er die Masse des werktätigen Volkes für sich zu gewinnen vermag.

Die Reparationsgesetze in England und den übrigen Staaten.

London, 21. März. Im Unterhause erklärte Lloyd George auf die Frage von Kenworthy, welche Fortschritte in den Parlamenten Belgiens, Frankreichs, Italiens und Japans die Maßnahmen zwecks Erhebung der Einfuhrabgabe als Mittel zur Einziehung von deutschen Reparationen gemacht habe: Er könne hier in Briand's Rede gegebenen Erklärung nichts hinzufügen und verfüge augenblicklich über keinerlei amtliche Informationen. Sir Frederick Hall fragte, ob die englische Regierung mit Bezug auf die Aburteilung der deutschen Kriegsverbrecher zu einem Uebereinkommen mit Deutschland gelangt sei, und wenn ja, ob die Absicht bestehe, den Abschluß dieser Aburteilungen mit der Bezahlung der letzten Kriegsschadigungsrate durch Deutschland zusammenfallen zu lassen. Der Generalkonferenz anwalt erklärte, dieses sei eine der Fragen, wegen deren augenblicklich Sanktionen angewandt würden. (Heiterkeit.) Sir Frederick Hall fragte hierauf, ob die Namen der Hauptverbrecher angegeben werden könnten, gegen die bereits gerichtliche vorgegangen worden ist. Der Generalkonferenz anwalt erwiderte, die Namen seien sehr schwer zu behalten, noch schwieriger auszusprechen. Er sei nicht in der Lage, zu sagen, wann die Berichtverfahren stattfinden würden. Es verurliche große Schwierigkeiten, die britischen Zeugen zu sammeln und sie zu überreden, nach Leipzig zu gehen. (Heiterkeit.)

London, 2. März. Das Oberhaus hat die deutsche Reparationsbill in zweiter Lesung angenommen.

London, 21. März. „Westminster Gazette“ bezeichnet die deutsche Reparationsbill als „einen Bluff, der fehlschlug“. Zahlreiche Mitglieder des Unterhauses, die für die Bill oder nicht dagegen gestimmt haben, hätten dies getan in dem Glauben, daß die Bestimmung niemals in Kraft treten würde. (?) Sie seien der Ansicht gewesen, die Bill werde Deutschland zur Vernunft (1) bringen, es zwingen, ein neues Angebot zu machen. Sie sagten, dieses würde zu einem Uebereinkommen führen, das die Bill in der Praxis überflüssig machen werde. Jetzt bedauern sie ihre Jagdhaftigkeit, denn ein neues deutsches Angebot, das zu einem Uebereinkommen führen könnte, sei unwahrscheinlich, und anscheinend sei nichts vorhanden, das das Inkrafttreten der Bill Ende März mit allen ihren schädlichen Folgen für den britischen Handel verhindern könne.

Brüssel, 21. März. Der Ministerrat beschäftigte sich heute vormittag mit der Durchführung der Entschlüsse der Londoner Konferenz und beriet die Vorlage, welche die Erhebung einer bis zu 50 Prozent gehenden Abgabe auf die nach Belgien eingeführten deutschen Waren vorzieht. Der Ministerrat stellte den Wortlaut dieser Vorlage endgültig fest.

Apsda, 21. März. Die diesigen Wolllwarenfabriken haben infolge der Drangsalierungen der deutschen Industrie durch die Entente beschlossen, von England, Frankreich und Belgien keine Waren anzukaufen.

Die französischen Gewerkschaften und das Wiederaufbauproblem.

Paris, 21. März. Die vom Allgemeinen Arbeiterverband (C. G. T.) einberufene Konferenz von Vertretern der Bevölkerung und der Behörden aus den verwüsteten Gebieten ist heute zusammengetreten. Die Begrüßungsansprache hielt der Gewerkschaftssekretär Laurent. Der Bürgermeister von Lens, Abgeordneter Bastig führte den Vorsitz. Er erklärte einmütig die Unzufriedenheit der betroffenen Bevölkerung mit den bisherigen Maßnahmen der französischen Regierung sei groß.

Als erster Referent sprach das Mitglied des Wirtschaftsrates der C. G. T. Agache. Er berichtete über die Untersuchungen des Wirtschaftsrates, die auf eine starke Kritik der verschiedenen Schädengesetze und ihrer Anwendung, sowie der Hilfslosigkeit, der man die einzelnen Beschädigten überlasse, hinauslaufen. Man müsse Arbeitsplätze, Material und Geld von denjenigen Ländern verlangen, die sie besitzen, und dabei auf den jeweiligen Wechselkurs Rücksicht nehmen. Es sei eine Art vom Oberkommissariat außerhalb der Regierung zu bilden, das mit den Unternehmern und der Arbeiterwelt den Wiederaufbau in seinem ganzen Umfang zu organisieren habe.

Als zweiter Referent sprach der Ingenieur Franc. Er trat dafür ein, deutsche Arbeiter für den Wiederaufbau heranzuziehen und deutsche Materialien zu beziehen. Es handele sich nicht darum, das Wiederaufbaugelände in deutsche Kolonien umzuwandeln, noch es den Industriellen und Ingenieuren von jenseits des Rheins zu überliefern. Man müsse unter der Leitung der Genossenschaften der Beschädigten deutsche qualifizierte Arbeiter und Techniker heranziehen und sie einen französischen Plan ausführen lassen. Rorally halle der Wirtschaftsrat diese Lösung für besonders wichtig, weil diejenigen Wiederaufbauern müßten, die zerstört hätten.

In der heutigen Nachmittags Sitzung hat die Diskussion über die beiden Referate begonnen.

Paris, 22. März. Die vom Allgemeinen Arbeiterverband (C. G. T.) einberufene Konferenz hat gestern nachmittag ihre Arbeiten fortgesetzt. Zu Beginn der Sitzung wurde ein schriftlicher Bericht der C. G. T. vorgelesen, in dem gesagt wird: Welche Lösung man auch der Frage des Wiederaufbaues geben wolle, ob Reparationen durch Deutschland oder internationale Finanzhilfe, so sei es unerlässlich, einen Wiederaufbau-Organismus zu schaffen, dem man alle technischen Hilfsmittel zur Verfügung stelle, um einen bis jetzt nicht bestehenden Gesamtplan auszuführen. — Jorhau erklärte im Laufe der Debatte, die augenblickliche Lage könne nicht andauern, weder national noch international. Man müsse das Wiederaufbauproblem in Angriff nehmen, obzwar es schwierig sei. Es handele sich hierbei nicht um ein politisches Problem, sondern um ein Problem auf Leben und Tod. Seit dem Waffenstillstand sei außerhalb der Anstrengungen von Privatpersonen nicht viel für den Wiederaufbau geschehen. Die geschaffenen Organisationen hätten sich durch ihre Zusammenziehung und ihre Verbindung mit politischen Interessen als nicht fähig erwiesen, eine praktische Lösung herbeizuführen. Deshalb habe der Allgemeine Arbeiterverband sich entschieden, eine Untersuchung zu veranstalten und hierzu die Hilfe der Beschädigten selbst anzufragen. Es hänge nunmehr von der gegenwärtigen Versammlung ab, ob das verwüstete Gebiet bald wieder zu neuem Leben erweckt werden könne. — Auch der Abgeordnete Lebas erklärte, die Wiederaufbaufrage hänge von der Mitarbeit anderer Völker, hauptsächlich aber von der Mithilfe des deutschen Volkes ab. Schließlich wurde ein Organisationsausschuß eingesetzt, dessen Aufgabe darin besteht, baldmöglichst praktische Vorschläge zu machen. Auf Vorschlag von Marcel Laurent wurde dieser Antrag angenommen. Der Ausschuss besteht aus Vertretern der einzelnen Departements; er legt sich aus 17 Personen zusammen. Am Abend wurde dann einstimmig eine Entschließung angenommen, die erklärt: Die am 21. März in Paris versammelte Beschädigten Legislative hat sich dem Interesse, das der Allgemeine Arbeiterverband ihnen entgegengebracht hat, und nehmen mit Befriedigung von den Erklärungen der C. G. T. einseitig und den Erklärungen der Beschädigten andererseits Kenntnis und erklären, das heute begonnene Werk fortsetzen zu wollen. Sie entscheiden sich deshalb dafür, daß am 24. April in Paris ein allgemeiner Kongreß der Beschädigten veranstaltet wird, der in praktischer und methodischer Form ein Wiederaufbauprogramm festlegen soll. Hierauf wurde die Verhandlung geschlossen.

Der kommunistische Streikterror im Mansfelder Industriegebiet.

Halle a. S., 22. März. Die Streiklage im Industriegebiet hat sich gegen gestern im allgemeinen nicht verschärft. Auf den Werken der Mansfelder Gewerkschaft ist eher eine Zunahme der Arbeitswilligen festzustellen. Im Oberböhlinger Gebiet allerdings ruht nicht nur die Arbeit selbst, sondern auch die Notstandsarbeiten werden jetzt verweigert. Rabitale Elemente hielten heute früh die elektrische Kleinbahn im Mansfelder Bergrevier, das einzige Verkehrsmittel der Arbeiterchaft, an und zwangen sie zur Umkehr, so daß viele Arbeiter gezwungen waren, ihren Arbeitsstellen fernzubleiben. Auch auf dem Lande ist in vereinzelten landwirtschaftlichen Betrieben unter dem Druck des Streikbesehs die Arbeit niedergelegt worden. In allen Betrieben des Industriegebietes ist eine Bekanntmachung ausgehängt worden, daß, wer innerhalb dreier Tage nicht wieder an seiner Arbeitsstelle erscheint, als aus dem Arbeitsverhältnis ausgeschlossen betrachtet wird.

Weitere Ausdehnung der Rheinlandbesetzung.

Der gefährliche chinesische Dolch.

Berlin, 22. März. Gestern ist der Bahnhof Osterfeld bei Oberhausen, der für die Verbindung zwischen Oberhausen und Essen wichtig ist, durch französische Truppen besetzt worden. — Die Verhaftung des Bürgermeisters und des Polizeinspektors in Walsum erfolgte, weil sich im Besitze des Bürgermeisters ein chinesischer Dolch befunden haben soll. Die beiden Herren wurden nach 24 tägiger Haft entlassen.

Nach einer Meldung des „Berliner Lokalanzeigers“ aus Essen schließt man in Bergbaureisen aus einer eingehenden Besichtigung der Schleuse 7, an der der Rhein-Herne-Kanal und der Dortmund-Ems-Kanal zusammenstoßen, durch Offiziere der alliierten Truppen, daß eine Ausdehnung der Besetzung bis zu diesem Punkte beabsichtigt ist, über den der gesamte Kohlenverstand aus dem Ruhrrevier nach Osten und Norden geht.

Die wirtschaftlichen „Sanktionen“.

Paris, 22. März. Wie der „Petit Parisien“ mitteilt, wird der Botshaferrat in seiner heutigen Sitzung sich mit dem Bericht der interalliierten Rheinlandkommission in Koblenz über die Aufrichtung eines Zollgebietes im Rheinland befassen. Als Grundlage für die Verhandlungen dient ein Memorandum von fünfzig Seiten. Das Blatt sagt, daß dieser Bericht einmütig von der Rheinlandkommission angenommen worden sei. Es sei möglich, daß seine hauptsächlichsten Konklusionen von dem Botshaferrat angenommen werden würden.

Das englische Reparationsgesetz, das die Erhebung von 50 Prozent des Preises von allen aus Deutschland eingeführten Waren vorzieht und inzwischen auch vom Oberhaus in dritter Lesung angenommen worden ist, soll am 31. März in Kraft treten.

Die polnische Soldateska in Litauen.

Kowno, 22. März. Die litauische Telegraphenagentur meldet: In der Nacht vom 17. zum 18. März kam eine Kompanie polnischer Truppen nach dem Gute Baskiretno. Etwa dreißig Soldaten der Kompanie überschritten die Demarkationslinie, drangen in das Dorf Schirwleno ein und plünderten einige Geschäfte. Von litauischer Seite wurde zur Feststellung des Vorfalles eine Patrouille entsandt, von der drei Mann durch die Polen gefangen und bestialisch niedergemetzelt wurden. Nach dieser Tat begab sich die polnische Abteilung wieder auf polnisches Gebiet. Die litauische Regierung wird schärfsten Einspruch gegen diese gefekwidrige Haltung erheben.

Die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit in England.

London, 22. März. Die englische Regierung hat die Arbeitgeber des Baugewerbes ersucht, während zwei Jahren 50 000 demobilisierte Soldaten zu beschäftigen. Für jeden demobilisierten Soldaten, der beschäftigt wird, will die Regierung den Arbeitgebern eine Beihilfe von zehn Schilling pro Woche während der ersten sechs Monate und fünf Schilling pro Woche für die nächsten sechs Monate gewähren. Die Arbeitgeber haben diesen Vorschlag angenommen.

Die geheimen Zusatzverträge zum Rigaer Frieden.

D. E. Die polnische Presse bestätigt aus eigenen Informationen die Meldung des Ost-Expreß über den Abschluß von geheimen Zusatzverträgen zum polnisch-russischen Friedensvertrag. Der Dombstik nachstehende „Kurzer Vorraun“ berichtet, daß vor der Unterzeichnung des Friedensvertrages drei geheime Verträge unterzeichnet worden seien. Der eine betrifft die Rückerstattung derjenigen Fonds, die von polnischen gemeinnützigen Anstalten seinerzeit in Rußland deponiert worden waren, der zweite die Verrechnung für das Eisenbahnmateriale auf die Weise erfolger solle, daß Rußland eine aus Wertfachen und Edelfsteinen bestehende Kautio für die Begleichung der 29 Millionen Goldrubel betragenden Entschädigung deponiere. Die Kautio dürfe im Falle des Verzuges von Polen veräußert werden. Durch den Zusatzvertrag über den Transitverkehr soll Polen ungeachtet des ihm in Artikel 21 des Friedensvertrages zugestandenen Rechtes den Transit von deutschen und österreichischen Waren nach Rußland, nach eigenem Ermessen zu regeln, die bestimmte Verpflichtung übernommen haben, den Transit einer Reihe von Warengattungen deutschen Ursprungs nach Rußland zu gestatten.

Bürgerliche Parlamentsjacobage.

28. und 29. Sitzung des Danziger Volkstages

Mittwoch, den 23. März 1921.

Präsident Matthaei eröffnet die Sitzung gegen 8 Uhr und teilt mit, daß sich der von den Kommunisten beantragte Untersuchungsausschuß über die vom Senat aufgenommenen 10 Millionen-Rente auf eigenen Beschluß aufgelöst hat.

Genosse Wehl verliest darauf folgende Erklärung, die die schleunigste Behebung der Not der Arbeitlosen

fordert. Diese Erklärung macht den Volkstag darauf aufmerksam, daß der Antrag (Druckache Nr. 55), der den Arbeitlosen eine einmalige geldliche Zuwendung gewähren will, sich bereits seit dem 12. Februar d. J. im Ausschuß für soziale Angelegenheiten befindet, ohne von diesem bis jetzt erledigt zu sein. Die schleunige Erledigung des Antrages ist dringend geboten, weil durch die letzte Preissteigerung und andere Preisbewegungen die wirtschaftlichen Verhältnisse weiter Kreise der arbeitenden Bevölkerung, insbesondere die der Erwerblosen, wieder bedeutend verschlechtert worden sind. Es muß gefordert werden, daß der Soziale Ausschuß die neu eingetretene Notlage der Erwerblosen herabmündigt und während der Ferien den Antrag erledigt, damit dieser in der ersten Plenarsitzung nach den Ferien vom Volkstag verabschiedet werden kann, um somit die Arbeitlosen schnellstens in den Besitz einer geldlichen Zuwendung kommen zu lassen. Sollte der Soziale Ausschuß diesen Hinweis unberücksichtigt lassen, so würde die Heberweisung dieser Angelegenheit an den Wirtschaftsausschuß beantragt werden.

Es folgt die 2. und 3. Beratung des

Wirtschaftsvertrages zwischen Danzig und Polen.

Genosse Kaczmarek weist als Berichterstatter darauf hin, daß der frühere Vertrag am 28. Februar abgelaufen ist und ersucht um die Zustimmung des Hauses zu dem neuen Vertrag. Zurzeit lehnt Polen allerdings bis zur Klärung der Differenzpunkte in der Durchführung der Konvention alle Lieferungen ab. Die Verabschiedung der Vorlage ist demnach erforderlich.

Abg. Mahn (Rom.) warnt Polen vor der Heberpannung des Handels. Wenn die Bevölkerung infolge der von Polen verweigerten Lebensmittellieferungen noch mehr hungern müsse, könne sie auch einmal zu einer Vergeltung gegen Polen greifen.

„Polnische „Entschuldigungs“-Versuche.

Abg. Janczek (Pole) bestreitet zunächst, daß Polen auf Grund der Konvention zur Lebensmittelversorgung Danzigs verpflichtet ist. Es wäre zunächst nach Artikel 37 nur zu Verhandlungen verpflichtet. Die bisherigen Vereinbarungen seien freiwillig geschaffen. Er verweist die Vorwürfe, daß Polen die Lieferungen nicht erfüllt habe, zurückzuweisen. Eine Lieferung von Getreide könne nur erfolgen, wenn Danzig eine Wirtschaftseinheit mit Polen eingetretene Gütern (Polen) keine so kostspieligen Geschenke wie Getreidelieferungen machen. In Kartoffeln und Holz können Lieferungen durch die polnische Regierung überhaupt nicht in Frage, sondern nur die behördliche erteilte von Ausfuhrgenehmigungen. Vorwürfe wegen der nicht erfüllten Verträge könnten nur gegen die vertragschließenden Privatfirmen erhoben werden.

Senator Jelskowsky: Bei der bevorstehenden Wiederaufnahme der Konventionsverhandlungen zwischen Danzig und Polen handle es sich in erster Linie um die Wahrung der Danziger Lebensinteressen. Polen ist nach dem Vertrage vom 8. Dezember verpflichtet, 1/4 der dem Freistaat fehlenden Getreidemengen zu liefern. Diese Lieferungsverpflichtung erkennt Polen auch an. Esweigert sich jedoch, die Nachlieferung jetzt vorzunehmen und will diese bis zur Beendigung des Wirtschaftsjahres hinausschieben.

Wir brauchen aber das Getreide bereits jetzt sehr dringend und wird durch diese Zwangslage ein Druck auf die Konventionsverhandlungen ausgeübt. Eine Wirtschaftseinheit zwischen Danzig und Polen kann nur durch langsame Überbergung geschaffen werden. Die Unterbrechung der jetzigen Verhandlungen ist durch die polnische Lieferungsverweigerung des Getreides hervorgerufen.

Abg. Janczek (Pole) fragt nach, wo ein Vorrat von 3000 T. Brotgetreide verblieben ist. Dieser müßte auf Grund der Ablieferungen im Freistaat und infolge der bisherigen polnischen Lieferungen bei ordnungsgemäßer Bewirtschaftung vorhanden sein.

Gegen die Entnahmen der Kommunisten und Unabhängigen wird darauf der Wirtschaftsvertrag in 2. und 3. Befugung angenommen. Es folgt die

1. Beratung des Richterwahlsystems.

Genosse Müller stellt und begründet kurz den Antrag auf Wiederherstellung des § 1 in der Wahlgesetzgebung. Durch einen deutschnationalen Antrag ist in der zweiten Beratung die Wahl der Handelsrichter dem Richterwahlschuß entzogen und dem Senat übertragen. Neben der Hebertragung der Wahl der Handelsrichter an den Wahlschuß fordert der sozialdemokratische Antrag auch die Wahl der Hilfsrichter und der rechtsprechenden Assessoren durch den Wahlschuß.

Annahme der sozialdemokratischen Entwürfe.

In namentlicher Abstimmung wird mit 85 gegen 88 Stimmen (Dt.natl. und Dt. V.) bei einer Enthaltung der sozialdemokratische Antrag angenommen. Es wird damit nicht nur die Wahlschulvorlage wieder hergestellt, sondern auch die Hilfsrichter sind einer Wahl durch den Wahlschuß unterstellt. In der Schlußabstimmung wird die Vorlage mit 47 gegen 81 Stimmen der Linken verabschiedet. Bei der anschließenden 3. Befugung des Gesetzentwurfs über

die Abänderung der Gerichtsverfassung

werden im § 1 die gleichen Änderungen wie vorstehend beim Richterwahlsystem mit 48 gegen 88 Stimmen beschlossen. Vorher hatte sich der Abg. Bunte (Dt.natl.) dagegen ausgesprochen.

Beim § 2, der die Entschädigung über das Amtsgericht in Neuteich oder Liegenhof enthält, weist Senator Frank noch einmal auf die Kosten hin, die durch die Neueinrichtung eines Amtsgerichtes in Neuteich entstehen. Die Neueinrichtung in Neuteich würde circa eine halbe Million mehr kosten als der Ausbau des Liegenhofer Amtsgerichtes.

Gegen den in der 2. Befugung mit großer Mehrheit gefassten Beschluß, der sich für die Errichtung eines Amtsgerichtes in Neuteich ausspricht, wird überraschenderweise ein Antrag Dyl (Dt.natl.) mit 40 gegen 86 Stimmen bei 2 Enthaltungen angenommen, der die Frage der Site der verschiedenen Amtsgerichte durch Fortlassung der Ortsnamen als sogenannte Mantelbestimmung offen läßt. Die Errichtung eines Amtsgerichtes in Neuteich ist durch die Annahme dieses Antrages also vorerst abgelehnt. Die weiteren 2 Abläufe dieses Paragraphen werden darauf vollständig abgelehnt. Diese Abstimmung wie auch bereits die vorhergehende Annahme der sozialdemokratischen Entwürfe rufen bei den bürgerlichen Abgeordneten große Unruhe hervor.

Bei der namentlichen Abstimmung über Artikel 3 verläßt die deutschnationale Fraktion geschlossen den Saal. Da nur 26 Stimmen abgegeben werden, ist das Haus somit beschlußunfähig.

Präsident Matthaei schließt darauf die Sitzung und beraumt die nächste Sitzung zur Erledigung der weiteren Tagesordnung für 5 Minuten später an. Nach Wiedereröffnung soll die 2. und 3. Beratung der Pachtgesetzgebung folgen. Beim § 5 beantragt Genosse Grünhagen namentliche Abstimmung. Um der Rechten des Hauses die Folgen ihrer vorhergehenden Sprengung der Sitzung künftighin vor Augen zu führen, führt die Linke diesmal die Beschlußunfähigkeit des Hauses herbei.

Abg. Mahn (Rom.): Die Rechte hat im Ausschuß und auch im Plenum dauernd betont, daß die Justiz das Verfassungsänderungs-gesetz notwendig brauche. Durch eine Konstitutionsänderung hat nun die Rechte die Verabschiedung des Gesetzes zum Scheitern gebracht. Als Gegenmaß hierzu hat die Linke das Haus nunmehr beschlußunfähig gemacht. Die Folgen ihres Verhaltens treffen also Sie selbst, da Sie sich nicht an die Beratungen des Verfassungsausschusses halten können.

Abg. Bunte (Dt.natl.) verflucht die deutschnationale Sabotage zu erschuldigen, indem er meint, daß das Gesetz nicht als Entwurf angenommen werden könne. Das Verhalten der deutschnationalen wäre eine wohlüberlegte Handlung gewesen, die sie auch verantworten könnten.

Genosse Wehl: Es handelt sich für die Deutschnationalen in der Hauptsache um die Befürchtung, daß, nachdem bereits im § 1 der sozialdemokratische Abänderungsantrag angenommen war, auch der Generalkontrakt aus dem Gesetz gestrichen werden würde. Aus diesem Grunde haben die Deutschnationalen Obstruktionen gegen das Gesetz getrieben. Wenn Dr. Bunte sagt, das Gesetz sei unbrauchbar geworden, weil der Artikel 3 abgelehnt worden sei, ist dies kein Grund für das Verhalten der Rechten. Einen ähnlichen Fall hatten wir beim Gesetz über die Elektrizitätswirtschaft. Der fehlende Paragraph hätte immer noch durch eine Novelle des Senats hergestellt werden können. Die Handlung der Deutschnationalen ist ihrer Verärgerung entsprungen. Die Folgen davon werden sie zu tragen haben. Die Linke läßt sich nicht übercumpeln. Hierzuland verlegt der Präsident das Haus um 4 1/2 Uhr auf den 12. April.

S. D. D. Parteinachrichten.

Verein Arbeiterjugend Ostpr. Donnerstag, den 24. März, abends 7 Uhr im Jugendheim (Evangel. Schule) Vortragabend des Genossen Eble. Die Mitglieder werden gebeten, zahlreich zu erscheinen. Die Mitgliederbücher sind zu einer Bücherkontrolle mitzubringen.

Sport und Körperpflege.

Arbeiter-Turnvereine des Freistaates! Sonnabend, den 26. März, abends 7 Uhr im Lokale Schmiede Bezirksratstag des neu zu gründenden Freistaatsbezirkles. Alle Vereine müssen vertreten sein.

Freie Turnerschaft Danzig. Karfreitag Ausflug nach Straßhagen. Abmarsch 7.30 vom Heumarkt.

Fußballer! Die angelegten Spiele für Karfreitag und die Feiertage finden nicht statt.

Lourdesverein „Die Naturfreunde“:

Karfreitag, Vier Tage durch den Freistaat. Führer: Artus. — Treffahrt nach der Talsperre. Führer: Partikel. Treff für beide Fahrten: 7 Uhr Heumarkt.

Ostern (1. u. 2. Feiertag): Nach dem Mariensee.

Führer: Partikel. Abfahrt: 5.21 Uhr Hauptbahnhof.

Mittwoch, 30. März, 7 Uhr abends: Vorstandssitzung. — Donnerstag, 31. März, 8 Uhr abends: Monatsversammlung.

Druckladen

für den behördlichen, Geschäfts- und privaten Bedarf fertigt prompt und preiswert

Buchdruckerei Volkswacht Am Spandhaus 6.

Hausierer und Kleinhändler

haben sich preiswert Textilwaren Schürzen, Wischo Trikotasen Strumpfwaren usw. usw. bei

Czarinsky, Lange & Co., Japongasse 68, 1. Tr., angros (3129) Export.

Der Sternsteinhof.

Eine Vorgeschichte von Ludwig Angenreuber. (Fortsetzung.)

„No nimmt mir's halt doch übel, daß ich gered't hab'." „Gar nit. 's war recht, daß du red'st was du weißt; aber ich weiß von nit und da kund' mir's Neben übel an." „Aber schau', könntest nit darauffin den Buben doch in's Gebet nehmen?"

„Dah ich vor ihm dasteh' wie ein Narr, wann er mir's ablenget? Nein, da wart' ich lieber ruhig ab; is was an der Sach'. Dann kommt er mir schon von selber. Gesehene Sünden beicht' mer'm Pfarrer und gemachte Dummheiten 'm Vaders." „Dann könnt's etwa 'spät sein." „Spät? Wacht' wissen, in welcher Weis? Die tief er sich auch eingelassen haben mag, dafür können wir aufkommen. Der Bauer schlug mit der Rechten an die Stelle, wo er an Markttagen den Geldgurt trug. Und auf das, was er sich etwa sonst in' Kopf legt, da gib doch ich nit! Mit so viel! Er schnippte mit den Fingern und schritt freitwillig über den Hof.

IX.

Je näher der Fasching kam, desto nachdenklicher zeigte sich der Zwischendöcker Wirt, endlich mußte sein besorgliches Wesen auch der Wirtin ausfallen.

„Vater," sagte sie, „ich merk' dir schon lang an, dir will was nit recht zusammeng'h'n. Was hast denn?"

Seine Stirne bewölkte sich noch mehr. „Mutter," feixte er, „meine Ahnungen hab' ich." „Jesus! Es geht dir doch nit vor, daß eins von uns versterben soll?"

„Das verhut' Gott. Nein, darauf hab' ich kein' Gedanken. Schanden fürcht' ich. Du weißt, af der leht' Kirchweih is kein Glas zerfallen worden, außer wie in Unachtsamkeit, was mer nachher bei der Feih mitangekreidt hat, kein Jaun haben's umgebrochen, kein Sesselhagen ausgebrecht, alles ist glatt und schön sauber verlaufen." „Gott sei Dank, ja! 's wird dir doch nit leid sein, daß ddsmal nit gerauscht worden is?"

Der Wirt schüttelte bedenktlich den Kopf. „Dast du's d'Jahr' her, die wir da af der Wirtschaft stehn, nur einmal erlebt, daß 's ohne Mauselei abgegangen war?"

„Dds nit, 's is jedmal gerauscht worden." „No eben, so haben sie 's leht' Mal a Gelegenheit zum Austosen verfaumt, und was nit recht'ell' kommt, das kommt nachträglich nur ärger! Gist werd'n 's bei ds Fasching-Streltigkeiten 'B'rud-verhaltene einbringen woll'n und dabei doppelt haufen und wann 's drüber mein ganz' Anwesen verwülsten, so is mir dds a schöner Nutzen!"

Schlimme Ahnungen haben vor guten die wenig empfehlende Eigenheit voraus, daß sie selten trügen.

Ein Gewitter brant wohl länger in der Luft, als einer denkt, der die Wolken reich am Himmel heranziehen sieht. Wer weiß zu sagen, von welsch' enfernnten Mooren, Weidern, Seen und Flußstreden es seine Kräfte an sich gezogen und mächtig zurecht gemacht? Man spricht zwar oft noch bei klarem Himmel davon, daß ein Wetter kommen werde, man hat auf Vögel, Spinnen und Pflanzen achten gelernt, aber wenn es da is, mit seinen rollenden Donnern und flammenden Blitzen, dann wirkt es doch, trotz aller Vorhersage, wie ein Unvorhergesehenes. Es mag ungereimt klingen, aber nur zu oft hat sich, was in dieser Welt wie urplötzlich hereinbrach, langer Hand vorbereitet. Das gilt von blutigen Völlerschlächten, wie von weniger erschütternden Wirtschaft-Reclereien.

Der Toni vom Sternsteinhof fühlte sich durch sein Verhältnis zu Helene immer mehr gedrückt und gedemütigt, nicht weil es ein heimliches war, hätte ein solches, allein zwischen ihm und der Dirm bestanden, er würde sich's gerne eine gute Weile über gefallen lassen haben, aber daß sie jeden Verkehr mit ihm im Umgange mit einem andern ableugnen und diesen durch freundliches Zeigen bei gutem Glauben erhalten sollte, das schien ihm je länger, je schwerer zu verwinden.

Zwar lachte man in der Zinshoferschen Hütte über den Eifer, mit welchem die Kleebinderin darauf drang, daß nach diesen Fasching alles richtig werde, als ob die Alte an ihres Sohnes statt das Mädchen heiraten wollte, und man war um den Grund nicht verlegen, der einen Ausschub forderte und rechtfertigte, man brauchte nur das geringe Alter Helene's heranzuschauen, diese war ja wirklich erst siebzehn vorbei; aber das war schließlich doch nur ausgegeben und nicht aufgehoben und die Beziehungen des Herrgottsmachers zu der Dirm blieben nach wie vor dieselben. Toni

drang immer ungeklärter darauf, daß Helene, wen sie ihm vertraue, ganz mit dem Wunder brechen sollte.

So oft das geschah, stellte sich die Dirm ganz ratlos dazu, meinte, das mache wohl schwere Ungelegenheit und erwecke leicht Verdacht; zuletzt wandte sie sich jedesmal an ihre Mutter mit der Frage, was zu tun sei. Die Antwort lautete auch jedesmal, Helene möge tun wie sie wolle, sie — die alte Zinshofer — hätte freilich darüber ihre eigenen Gedanken und nun folgte irgend eine lehrreiche Vergleichung der beiden Bursche mit begug auf deren Bewerbung um die Tochter; da war einmal der Kleebinder Wunderl der Weichfisch im G'halter (Was) und der Toni vom Sternsteinhof der Goldfisch im fließenden Wasser, ein andermal der erste der Hof' im Ringen und der zweite eben ein solcher im weiten Feld', denn in diesem Teile ihrer Rede bestiegte sich die fürstliche Mutter einer steten Abwechslung, da sie einen erzieherischen Zweck vor Augen hatte und daher ihr Kind nicht durch Wiederholungen ermüden wollte.

Helene sah dann auch wie eingeschüchelt und wenn sie nach einer kleinen Weile wieder aufblickte, begann sie leise den Burschen zu fragen, ob er denn noch keine Gelegenheit gefunden habe, mit seinem Vater zu reden, wann sich wohl eine dazu schiden werde und ob er sich wohl schon heiläufig ausgedacht habe, wie er die Sache vorbringen möchte?

Darauf wachte der Bursche mit dem Kermel über: die Stirne und entgegenete ebenso leise: Gelegenheit habe er wohl noch keine gefunden, wisse auch nicht zu sagen, wann sich eine solche schiden werde, hält' sich auch nicht ausgedacht, wie er die Sache angehen (anfassen) wolle, da er ja nicht wissen könne, was der Vater reden würde; 's müßte da eben ein Wort das andere geben!

„Sieht' schmolte dann die Dirm, „du förderst für dein Teil garnichts, denk'st nit mal d'rauf, und von mir verlangst, nicht nur, daß ich für das meine aufkomme, sondern sogar darüber tu'. Ich soll 'n Kleebinder Wunderl ausgeben und dürft' mich, daß's d'über unter'n Deuten ein Gemuntel, doch nit gleich frei zu dir belenmen Geld, nein? Und wenn ich zu dir sagen müßt': Wacht' du jeht vor allen Leuten mich ihm freitlig! Du getraust dich's auch nit, Wacht' nit! Esoll't also wohl ein Einseh'n haben." „Da heuchelte er ein solches, weil er sich nicht anders zu helfen riefte.

(Fortsetzung folgt.)

Kommunistische Arbeiterbekämpfung.

In der Dienstag-Sitzung des Volksrates kam es nach der Abgabe der Beschlüsse der Parteien zu der Verlesung der Beschlüsse und nach Verlesung der Beschlüsse über die Verlesung der Beschlüsse...

Verhältnisse in der Gewehrfabrik.

Die Verhältnisse wollen wissen, ob dem Senat... die dort geübte Verlesung...

Kommunisten und Arbeiter über die Gründe der bisher nicht erfolgten Verlesung der Gewehrfabrik.

Gen. Fischer (U.S.P.) verbreitet sich sehr weitläufig über die Verhältnisse in der Gewehrfabrik...

Gen. Kohn als Gewerkschaftsvertreter erklärt, daß Drogas bisher kein Recht zur Verlesung der Gewehrfabrik gehabt habe...

Die Schwierigkeiten einer Umstellung.

Selbst wenn man die Spezialmaschinen verkauft hätte, um mit dem Geld andere Maschinen zur Umstellung der Fabrik zu kaufen...

Gen. Probst (Etnal) legt sich für weitere Waffenherstellung durch die Gewehrfabrik ein.

Genosse Karstschell:

Die Lage für die Arbeiter ist trübselig, und grüßt sich im Augenblick keine Aussicht auf Besserung...

Die Umstellung der Gewehrfabrik kann nur nach einem fertigen Ersatzmaterial erfolgen...

Die „menschenfreundliche“ Verwertung der Materialien.

Gen. Kohn (Rom) läßt sich durch die Ausführungen Karstschells irritieren...

Genossenschaft nicht schimmern (?) Interesse gelegen! Es wäre auch nicht allzuviel herausgeholt...

Kohn geht dann zu einer wütenden Brandrede gegen die Betriebsarbeiterräte über...

Wie sieht Herr Kohn aus?

Genosse Karstschell nimmt darauf Veranlassung, die profitorientierten Verwertungsgepläne des Kommunisten Kohn etwas eingehender zu beleuchten...

Ausverkauf der Werkzeuge durch Kohn

bedeutet hätten. Der Betriebsarbeiterrat hat diese Verkäufe gegen den Willen Kohns verhindert...

Gen. Schmidt (Rom) will bei der den Bürgerlichen sehr willkommenen Rede gegen die Betriebsarbeiterräte nicht fehlen...

Gen. Kohn (Rom) läßt vor leerem Hause noch einmal seine verkündliche Mut gegen den Arbeiterrat ausstoßen...

Genossenschaftler Kohn macht einige Mitteilungen über die von Kohn angekauften Lieferungen für Russland...

Genosse Karstschell stellt in einer persönlichen Bemerkung zu den weiteren Ausführungen Kohns fest...

Die Anfragen sind damit erledigt.

Bewerkschaftliches.

Ein Sieg der freien Gewerkschaften. Bei der Wahl der Mitglieder des Berggewerbegerichts Dortmund...

Bei den Minensuchern der Nordsee.

Von Josef Kluge.

Au den mancherlei Dingen, die der Handelsvertrag dem deutschen Volke aufzuerlegt, gehört auch die Räumung der Meere...

Nun ist zwar der weitaus größte Teil der Minenfelder in der Nordsee von den Engländern angelegt worden...

In der Verleugung des Vorkriegsstandes lebt die Tätigkeit des Minensuchers als eine mit harten Gefahren verbundene Arbeit...

Die Gründe für diesen Unterchied sind einfach. Die Minensuch-Stationen, wie die einzelnen Boote...

gegen U-Boote ausgelegt gar fünfzehn bis zwanzig Meter unter dem Wasserspiegel verankert sind!

Das Fischfahrzeug verfügt über jene Möglichkeiten nicht und ist deshalb innerhalb der Gefahrenzone sehr stark gefährdet...

Dah in Anbetracht der Gefahren auch Fischereigebieten keine gerade alltägliche Sache sind...

Wenig dem Fischer eine Mine ins Netz, was häufig vorkommt, so ist es das Beste...

berichten wissen. Uebrigens ist die Treibminen-Gefahr, von der man in den Zeitungen soviel liest...

Als die deutsche Regierung den Verfaller Vertrag in die Hand gedrückt bekam, erlas sie daraus...

Von der genannten Wasserfläche sind heute erst knapp zwei Drittel geräumt...

Geschichtlich sind die freiwilligen freiwilligen Minensucher nicht ohne Namen geblieben...

Ein Wort an die Eltern zur Schulentlassung.

In diesen Tagen haben wiederum eine Anzahl Jungen und Mädchen die Schule verlassen und sind ins Leben hinausgetreten. Rüststube, Werkstatt und Fabrik treten an Stelle der Schulräume und nur zu bald wird die rauhe Wirklichkeit ihnen zum Bewußtsein bringen, daß der Lauscher kein guter war. Hilflos werden sie dastehen, fremd dem Neuen gegenüber. Sie merken zum ersten Male die Lücken, die die Volksschule gelassen hat. Viel gilt es da nachzuholen um die Lücken auszufüllen! Zuerst mit naechtem Wissen! Denn nur ein blankes, scharfes Schwert des Wissens kann in der dunklen fremden Umwelt einen Weg bahnen!

Eltern! Welche unendlichen Gefahren stehen da euren Kindern entgegen. Gefahren, die eure Kinder von dem von euch gewollten Wege abbringen. Die eure Kinder angehen an ihre Gesundheit, an ihren Körper und Geld, die sie schädigen können für ihr ganzes Leben!

Das kostbarste Gut für uns ist die freie Zeit nach Feierabend! Da gilt es für uns als Jugend, dieses Gut, diese freie Zeit nicht zu vergeuden mit unnützen, gar schädlichen Dingen! Doch wie ist es da heute? Man steht an den Ecken, raucht giftige Zigaretten, geht in städtige, verderbende Kneipen und auf Tanzböden, trinkt schädlichen Alkohol und „singt“ allerlei törichte Lieder, aber man geht ins Kino. — Sollen eure Kinder so ihre köstliche Zeit verbringen, daß sie nie ihres Lebens froh werden können?

Nein, das wollt ihr Eltern sicher nicht!

„Aber“, fragt ihr, „wie sollen wir verhindern — —?“

Wir wollen es euch sagen:

Seht euch die Jungen und Mädchen aus der „Arbeiterjugend“ an! Seht ihr bei ihnen Muthut und dumpfes Dahinbrüten? Seht doch, wie gewissenhaft sie zusammen leben. Sie lassen sich in ihren Kreisen Vorträge halten über alles, was sie interessiert. Und was interessiert wißbegierige Jugend nicht? Da sind alltägliche Dinge vom Arbeitsverhältnis, vom Fabrik und Werkstatt, vom Jugendschutz, vom Staat, Gesetz und von der Arbeiterbewegung, die aus dieser in Not und Elend stochenden Wirtschaft eine neue, eine bessere bauen will! Und die Jugend, die ist beunruhigt, sich den Staat, in dem sie einst leben soll, selbst mit aufzubauen! Daraus entsteht ernste, schöne Arbeit, die die Jugend lebensfroher und kampfesfroher macht!

Das ist unsere geistige Arbeit!

Doch wir wissen, daß ein gesunder Geist nur in einem gesunden Körper wohnen kann! Deswegen pflegen wir auch unseren Körper, um gesund zu sein und gesund zu bleiben. Wir bekämpfen alle unsern jugendlichen Körper schädlichen Dinge! Den Alkohol und Nikotingenuß, die städtigen Kneipen und Tanzböden! — Dafür aber wandern, singen und spielen wir! Wir wandern, doch nicht mit bunten Gipfelmützen, bunten Bändern und dertel Frisefans, nein, schlicht und einfach in gesunder Tracht, so wie es sich in Wald und Feld gehört! Und wie froh sind unsere gemeinsamen Spiele, unsere alten, schönen Reigen und Volkstänze auf bunter Wiese! Da draußen in der Natur, da sammeln wir Kraft zum Kampf gegen allen Schmutz in der engen Stadt da werden wir so recht Mensch zu Mensch. Und was gebrauchen wir mehr?

Nun, ihr Eltern, da könnt ihr eure schulentlassenen Kinder nicht beiseite stehen lassen! Auch sie sollen und wollen das Schöne, das wir uns bilden, miterleben! Sie sollen sich ihr Leben durch die „Arbeiterjugend“ hell und freudig gestalten, nützliche und starke Glieder in der Gesellschaft werden! Zögert nicht, laßt sie zu uns kommen!

Beginn der Tagungen des Hafenausschusses.

Heute nachmittag 4 Uhr wird der in der Konvention festgelegte Hafenaussschuß seine erste Sitzung im Beisein des vom Völkerverbundrat zum Präsidenten des Ausschusses bestellten schweizerischen Obersten des Rheiner abhalten. Soweit wir hören, ist eine Tagesordnung für die heutige Sitzung nicht vorgelegen, doch dürfte eine Aussprache über das zukünftige Arbeitsprogramm stattfinden.

Was haben Mieter und Vermieter zur Kündigung von Wohnräumen zu beachten?

Im Hinblick auf den kommenden Kündigungstermin wird darauf hingewiesen, daß jede Kündigung des Vermieters rechtswirksam nur mit Zustimmung des Einigungsamtes ausgesprochen werden kann. Der Antrag einer Kündigung zuzustimmen, muß so rechtzeitig beim Einigungsamt eingereicht werden, daß bei normalem Geschäftsgang die Entscheidung noch vor dem vertraglichen oder gesetzlichen Kündigungstermin erfolgen kann. Inwieweit ist meist nicht die erforderliche Zeit gegeben, um die Angelegenheit vor dem Einigungsamt bis zum Kündigungstermin zur Entscheidung zu bringen. Es sind deshalb bisher meist „Einstweilige Anordnungen“ vom Einigungsamt erteilt worden; das ist in Zukunft nicht mehr erforderlich, weil die neue Fassung des § 6 der Mietrechtsverordnung (veröffentlicht in der Sonderausgabe zum Staatsanzeiger Nr. 55 vom 31. Dez. 20) gestattet, daß eine Kündigung nachträglich für wirksam erklärt werden kann, wenn der Antrag auf Erteilung der Zustimmung vor dem Kündigungstermin bei dem Einigungsamt eingegangen ist.

Der Vermieter muß also, wenn er keine Zeit verschäumen will,

a) vor dem Kündigungstermin einen vollständigen Antrag,

b) ein Schreiben, in dem er genau angibt, was er vom Mieter verlangt, dem Einigungsamt einreichen,

c) die Kündigung gleichzeitig dem Mieter gegenüber aussprechen.

Die vorstehenden Bestimmungen gelten auch für Werkstätten, Geschäftsräume, Läden, Büros und die anderen Mieträume, welche räumlich mit einer Wohnung verbunden sind. Ist keine Wohnung dabei, so sind Kündigungen, auch solche zum Zwecke der Mietscheigerung, wirksam ohne Zustimmung des Einigungsamtes. Der Mieter kann aber unberührt nach Empfang der Kündigung die Entscheidung des Einigungsamtes anrufen.

Das Einigungsamt hat Außenstellen für das Publikum eingerichtet und zwar in Danzig, Wiebelsufer, Zimmer 15/16, täglich von 9—1 Uhr vormittags; in Langfuhr, Mädchenschule, Bahnhofsstraße Nr. 16 am Montag, Mittwoch und Freitag von 11—5 Uhr; in Neu Fahrwasser, Ubrechtstraße Nr. 2 (Gemeindegebäude), Donnerstag von 4—5 Uhr.

Danziger Streit im Bäderbezirk.

In einer gestern abend vom Vorstand des Bäder und Bädervereins einberufenen öffentlichen Versammlung nahmen die Bädervereine zu der bisherigen Behandlung ihrer Forderungen durch die Arbeitgeber Stellung. Das niedrige Angebot der Bädervereine wurde entschieden abgelehnt und beschlossen, auf die Erfüllung des Schlichterspruches vom 4. Februar zu bestehen, da dieser das mindeste der berechtigten Ansprüche darstellt. Es soll noch einmal an die zuständigen Stellen herangetreten werden. Die Versammlung ließ jedoch keinen Zweifel, daß die Bädervereine gewillt sind, die weitere Verschleppung oder Ablehnung ihrer Forderungen mit einem Streit zu beantworten. Einen ausführlichen Bericht über die Angelegenheit müssen wir heute leider zurückstellen.

Eine große Morbid.

Gestern früh wurde die unberechnete Margarete Schwichtenberg in ihrer im ersten Stockwerk des Hauses Voigtstraße 115 befindlichen Wohnung von ihrer Zimmermutter mit durchdringendem Galle tot aufgefunden. Die Ermordete wohnte in einem nach vorne heraus gelegenen zweifelhaften Zimmer. Als die Wirtin den Morgenkaffee ins Zimmer bringen wollte, bot sich ihr ein furchtbarer Anblick. Vor dem Bette lag die Schwichtenberg tot in einer großen Blutlache. Das Bett zeigte eine Wunde am Kasse. Die von der polizeilichen Mordkommission vorgenommene Besichtigung ergab, daß der Ermordeten die Kehle glatt durchgeschnitten ist. Ansehend ist das Bett im Bette überfallen worden. Ein besonders schwerer Kampf zwischen dem Opfer und seinem Mörder hat ansehend nicht stattgefunden, da die Schwichtenberg durch den bei dem Überfall erhaltenen Schnitt schon durch Blutverlust geschwächt war. Die Mordkommission hat die Schwichtenberg als Stauungsstille in verschiedenen hiesigen Kneipen gesehen sein. Gestern abend brachte sie einen „Freund“ nach Hause, der ihr gesagt hatte, er wolle bei ihr Nachtquartier nehmen. Es liegt die Vermutung nahe, daß in diesem der Täter zu suchen ist.

Ausgabe der Nahrungshauptkarten gegen Kautions. Die der Magistrat in der heutigen Nummer unseres Zeitung bekannt macht, werden bei der diesmahligen Ausgabe der Brot- bzw. Mehlkarten Kautionsvordrucke für die Ausgabe der neuen Nahrungshauptkarten an die Quallungen abgegeben werden. Wegen der Wichtigkeit der richtigen Ausfüllung der Kautions für die Empfangnahme der neuen Nahrungshauptkarten weisen wir besonders auf die Bekanntmachung hin.

Ausgabe der Brot- und Mehlkarten. Die Brot- und Mehlkarten werden diesmal gegen Abgabe der Hauptkarte Nr. 28 abgegeben. Die Brot-, Brot- und Mehlkarten werden nochmals darauf hingewiesen, daß der Stamm mit dem Namen des Brot- bzw. Mehlkartenthabers versehen sein muß. Einzelne Brot- oder Mehlkartenthabers dürfen von den Bäckern und Händlern nicht befreit werden. Beim Einkauf von Brot oder Mehl ist jedesmal die Brot- bzw. Mehlkarte mit Stamm vorzulegen. Es wird hierbei auch noch besonders darauf hingewiesen, daß der Stamm der Brot- bzw. Mehlkarte von demjenigen Bäcker oder Händler abzunehmen ist, der die letzten Brot- bzw. Mehlkarten beliefert. Die Ausgabe der neuen Brotarten erfolgt wie bisher lediglich auf Grund der aufgerufenen Hauptkarte. Näheres ergibt die Bekanntmachung.

Gimpelgang. Man schreibt uns: Die christlichen Kellner hatten für Dienstag eine Versammlung nach dem St. Josephshaus einberufen. Der Schaufelmann Adolf Schöniger, welcher im Danziger Hof tätig ist, war Leiter dieser Sitzung. Neben dem christlichen Kellnerführer Widulle aus Breslau war zu dessen Hilfe noch der hiesige Sekretär Herr Wichniewski erschienen. Herr Widulle verlas den Standpunkt der Hauptverwaltung dieser netten Arbeitnehmerorganisation zu vertreten. Die Anwesenheit des bekannten Kellners Feller, der gelegentlich der Bewegung der Gastwirtegehilfen im Jahre 1919 den Reichsverband der Gasthausangestellten als Streikbrecherorganisation ins Leben rief, löste allgemeine Entrüstung aus. Ohne Widerspruch forderte die Versammlung die Zulassung des Kollegen Stegmann. Die in keiner Beziehung mit der Wahrheit in Einklang zu bringenden Ausführungen des Herrn Widulle wurden von Stegmann unter starkem Beifall der Anwesenden glänzend widerlegt. Stegmann beleuchtete das zweideutige Verhalten der christlichen Gewerkschaften bzw. des Zentrums. Diese ausgerecheltete Richtung dürfte für alle Zeiten die Gewissheit mit auf den Weg genommen haben, daß hier kein Feld für sie ist. Allen abseitsstehenden Kollegen empfehlen wir aber, sich sofort der zuständigen Organisation, dem Zentralverband der Hotel-, Restaurant- und Café-Angestellten anzuschließen. Mit einem vollen Erfolg für den Zentralverband und mit einem „hoch“ auf diesen schloß die imposante Versammlung. Die Herren aus dem christlichen Lager mögen die Rettung ihrer fortgeschwemmten Seele außerhalb des Freistaatsgebietes suchen, hier haben sie gewiß kein Glück mehr.

Die deutsche Poststelle wird am Karfreitag und Ostermontag von 11—12 Uhr und am Osterfestabend von 9—12 Uhr vormittags geöffnet sein. Am Osterfestabend ist die Poststelle geschlossen. Wo in Fällen dringender Not außerhalb der Dienststunden ein Sichtvermerk erteilt wird, ist aus einem Anschlag am Amtszimmer 3 des Dienstgebäudes ersichtlich.

Das Kirchenkonzert am Karfreitag abend in der Bartholomäuskirche beginnt um 7 1/2 Uhr, worauf hinzuweisen wir besonders gebeten werden.

Warnung vor Puffschwindlern. Mit Rücksicht darauf, daß Puffschwindlungen vorkommen sind, und um Auswanderer und sonstige Reisende vor Betrugern zu schützen, macht das amerikanische Konsulat das Publikum erneut auf die amerikanischen Passvorschriften aufmerksam. Das Datum wird stets im Konsulat und zwar nur nach persönlichem Erscheinen des Puffinhabers erteilt. Die Erteilung eines echten Visums erfolgt unter keinen Umständen durch Vermittelung der vielen sogenannten Agenten, die auf der Straße oder in Cafés usw. an die Auswanderer heranzutreten pflegen. In der letzten Zeit sind in Neuport sehr viel Einwanderer aus Osteuropa, die auf Grund eines gefälschten Visums zu Landen versuchten, abgefaßt und nach Europa zurückbefördert worden.

Ständesamt Danzig: Am Dienstag, den 20. März, findet ein Doppelkonzert von Selene Seidner und Friedrich Kessler (Berlin) in Jensei „Kosmopolis“ statt. Nebenbei: Selene Seidner, Köhner, Friedrich Kessler. Beide Künstler gehören zu den ersten Schauspielern Deutschlands. Die Vorstellung findet im Koncertsaal zu Schillerplatz statt.

Im Neuen Operntheater geht am Osterfestabend zum ersten Male „Die Rose von Stambul“, Operette in 3 Akten von Leo Fall, in Szene. In den Hauptrollen sind beschäftigt: Friedl Blom a. G., Carla Ott, Charles Brod, Walter Bremer, Hermann Friedentzsch, Walter Bespold. Die Regie führt Gust. Walter Brauer, die musikalische Leitung liegt in den Händen von Fr. Werner Goebel.

Pollzeibericht vom 24. März. Verhaftet: 11 Personen, darunter: 1 wegen Diebstahls und Unterschlagung, 3 wegen Abperverbung, 1 wegen Bedrohung und tätlichen Angriffs, 1 wegen groben Unfugs und Trunkenheit, 2 wegen Verdachts des Mordes, 1 in Vollgehaft.

Obst. Von Sonnabend, den 23. d. Ms. ab kommen zur Verteilung: 500 Gramm Haferslocken auf Marke 23 der Lebensmittelkarten in sämtlichen Geschäften zum Preise von 2,60 Mk. pro Pfund, 250 Gramm weiße Erbsen auf Marke 23 der Lebensmittelkarten in sämtlichen Geschäften zum vorbestimmten Preise von 1,80 Mk. pro Pfd., 500 Gramm Kornspelspeise auf Marke 7 der Speisekarten in den bekannten Geschäften zum Preise von 13 Mk. pro Pfd. — Wer die ihm zustehenden Waren bis Mittwoch, den 30. d. Ms., abends 6 Uhr nicht abgeholt hat, verliert das Recht darauf.

S. P. D. Parteinaechrichten.

18. Bezirk (Schlesien-Sametal). Am Freitag, den 23. März, vormittags 9 1/2 Uhr, im Sautaler Hof in Sautal Bezirksversammlung. 1. Vortrag des Gen. Stab: Was uns not tut. 2. Verschiedenes. Zahlreicher Besuch der Versammlung wird erwartet.

Belebung Arbeiterjugend Danzig. Morgen, Karfreitag, Tagesstour nach dem Kabaunel. Abmarsch 6 Uhr vom Neumarkt. — Am Sonntag (1. Osterfestabend), vormittags 9 Uhr auf dem Kasernenhof Bewegungsspiele.

Danziger Stadttheater.

„Der Troubadour“.

Die Wiederaufnahme des „Troubadour“ in den Spielplan geschah doch wohl in erster Linie um des Probegutes willen. Denn unsere Oper verfügt zurzeit nicht über Soffisten, wie sie dieses Werk benötigt. Doch machte gestern namentlich das Orchester unter Kapellmeister Walter einen ganz überraschend guten Eindruck. Der Dirigent hielt, um Tempozerrungen abgesehen, auf Prägnanz des Ausdrucks, gute Charakterisierung und ließ vor allem die Sänger voll und ganz zu ihrem Recht kommen. Unter diesen nahm der Gast, Ernst C a u h vom Stadttheater in Bremerhaven, naturgemäß das stärkste Interesse für sich in Anspruch. Clauß ist im Besitze sehr schöner Stimmkräfte, die in ihrer hellen Farbe eher nach einem Tenor als einem Bariton klingen. Aber Metall ist da, Frische und Geschmeidigkeit. Er ist ein ausgeprochener Lyriker und sang seinen Luna schön und edel. Auch die Art, wie er gleich zu Beginn die Partie ansah, zeugte für Geschmack und durchdachtes Studium. In Vortrag und Singmanier waren noch da und dort provinzielle Unarten, aber als Ganzes betrachtet war dies Gastspiel auf Anstellung zweifellos das bedenkenloseste aller bisherigen. Als Leonore bot Paula v. Krona a recht erfreulichen Koloraturgesang, sang auch sonst reiner als gewöhnlich, aber das ständige Vibrieren des Tones nimmt viel vom Genuß für den Hörer. Der Nucena Alice v. d. Linden fehlte bei sonst solider gefanglicher und darstellerischer Durchführung die nötige stimmliche Färbung, und Fritz Stein, der wieder einmal wohl oder übel den lyrischen Tenor machen mußte, gab seinem Manrico heftlich berbe Kraft und Sangesfreudigkeit. In den kleineren Partien bewährten sich neben Dr. Sch r a d e r (Fernando) Walter M a n n (Ruiz), Georg H a r b e r und Dr. B a j j a l auch Hella B o e l d e vortrefflich als Inez. W. D.

Standesamt vom 24. März 1921.

Standesamt I ist zur Anmeldung von Todesfällen am 25. und 28. März (Karfreitag und 2. Osterfestabend) von 11 1/2 bis 1 Uhr geöffnet.

Todesfälle: E. des Bäckergesellen Theodor Warnke, 8 W. — Frau Alma Dertel geb. Sablotny, 59 J. 4 W. — Arbeiter Friedrich Pohlmann, 33 J. 8 W. — E. des Gutsbesizers Bruno Dumke, 8 W. — Jwaalbe Wilhelm Sebel, 50 J. — Handlungsgeselle Oskar Schulz, 19 J. 1 W.

Des Karfreitags wegen erscheint die nächste Nummer am Sonnabend, den 26. März.

BORG CIGARETTEN für Qualitäts-Raucher

Wasserstandsnaechrichten am 24. März 1921.

Table with 4 columns: Name, yesterday, today, and change. Rows include Jamholt, Dirschau, Thorn, Fordon, Culum, Graudenz, Ruzgedrak, Rantauerstige, and Pielchel.

Verantwortlich für Inhalt Dr. Wilhelm Balge, für den Danziger Nachrichten und die Unterhaltungsbeilage Fritz Weber, beide in Danzig; für die Inserate Bruno Gwertz in Oliva. Druck und Verlag von J. Gehl u. Co., Danzig.

